

Mitteilungsblatt 08.11.2019

Liberaler Runde diskutierte über Volksbegehren „Rettet die Bienen“ und Aktuelles aus dem Gemeinderat

In gemütlicher Runde traf sich jüngst der FDP-Ortsverband im Gasthaus zum Goldenen Hirsch zur Liberalen Runde.

In einem Impulsvortrag zum Volksbegehren „Rettet die Bienen“ referierte der ehemalige Gemeinde- und Kreisrat Hartmut Kowalinski über ein kontrovers diskutiertes Thema: „Ich glaube nicht, dass all diejenigen, die das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ unterschreiben, wissen, welche Konsequenzen das haben kann“, ist Kowalinski sicher.

Aber wie funktioniert eigentlich ein Volksbegehren?

Ein Volksbegehren, das einen Gesetzesentwurf vorlegt, braucht innerhalb von 6 Monaten die Zustimmung von 10% der Wahlberechtigten (in BW ca. 770 000 Unterschriften). Liegen diese vor, diskutiert der Landtag den Gesetzesentwurf, kann ihn aber nicht ändern. Lehnt der Landtag den Entwurf ab, kommt es zum Volksentscheid. Für die Umsetzung der Vorlage reicht dann eine einfache Mehrheit, wenn diese 20% der Wahlbevölkerung widerspiegelt.

Und was will das Volksbegehren?

Für Hartmut Kowalinski sind sämtliche Forderungen des Volksbegehrens eine Bedrohung für die Landwirte in Baden-Württemberg. 50% Ökolandbau bis zum Jahr 2035 würde bedeuten, dass viel mehr Biolebensmittel erzeugt als nachgefragt werden, falls es nicht gelingt, den Anteil des Ökolandbaus an der gesamten landwirtschaftlichen Produktion von derzeit 9,2% in Baden-Württemberg drastisch zu erhöhen. Problematisch an diesem Zwang wäre, dass Ökolandbau wesentlich mehr Fläche benötigt und für viele Landwirte die wirtschaftliche Ausübung ihres Berufs nicht mehr gewährleistet wäre.

50% weniger Pflanzenschutzmittel bis 2025 könnte zu Ernteaussfällen führen, die von anderen Ländern ausgeglichen werden müssten. Obst und Gemüse kämen also aus mehreren Gründen in Zukunft eher aus dem Ausland, in dem billiger produziert werden kann.

Speziell für Hirschberg schwierig wäre das Verbot von Pestiziden in Landschaftsschutzgebieten – liegen doch nahezu alle landwirtschaftlichen Flächen östlich der B3 in einem Landschaftsschutzgebiet.

Auch den gesetzlichen Schutz von Streuobstwiesen lehnte Kowalinski ab. „Momentan wird der extrem aufwendige Erhalt von Streuobstwiesen vom Land gefördert. Wenn etwas gesetzlich vorgeschrieben ist, darf es nicht finanziell gefördert werden. Doch ohne Förderung ist der Erhalt der Wiesen für die Landwirte nicht rentabel“, ist sich Kowalinski sicher.

Es ist wichtig etwas gegen das Artensterben zu tun, darüber ist sich die Liberale Runde an diesem Abend einig. Aber es muss eine für alle tragfähige Lösung gemeinsam erarbeitet werden. Dass die Initiatoren des Volksbegehrens nach einer vermeintlichen Einigung mit der Landesregierung keine weiteren Unterschriften mehr sammeln wollte, betrachtete Kowalinski als Farce. „Für Volksbegehren gibt es klare Regeln, da kann nichts unterbrochen werden.“

Fast zu kurz kam angesichts dieses konsequenzenreichen Themas der Bericht von Gemeinderat Tobias Rell aus dem Gemeinderat:

Angesichts des Nachtragshaushaltes im laufenden Jahr mahnte er an, für 2020 vorsichtiger zu kalkulieren. Ebenso wies er auf 2020 weiter aktuelle Themen wie die Sporthallendiskussion, einer kontrollierten Innenverdichtung mittels Bebauungsplänen, altersgerechtes Wohnen sowie das Thema Vereinsförderung hin, bei dem es schwer werde, ohne Einschnitte für alle gleiche Regeln durchzusetzen.